

Sachantrag von Herrn Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz

Aktionsbündnis Bergheim-West

c/o Sprechergruppe Heinz Delvos, Uta Ropers

Mail: aktionsbuendnis.bergheim.west@gmail.com

An die Mitglieder Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses (SEVA)
und des Heidelberger Gemeinderats

z. Kts. an Stabstelle Bürgerbeteiligung, Frank Zimmermann

Heidelberg, den 23.5.2017

Modifizierung des Planungsprozesses und des Beteiligungskonzeptes Entwicklungskonzept Bergheim-West

Gemeinderatsdrucksache 0157/2017/BV/Anlage 01 und Anlage 02

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten Sie, folgende Modifizierungen im vorgesehenen Beteiligungsprozess zur
Ausgestaltung des Entwicklungskonzeptes Bergheim-West zu beschließen.

I. Um eine höchstmögliche Transparenz der Entscheidungsschritte zu gewährleisten, bedarf es weiterer Rückkopplungen zwischen prozessbegleitender Arbeitsgruppe und der Fachverwaltung.

Die prozessbegleitende Arbeitsgruppe sollte deshalb in folgenden Verfahrensabschnitten
zusätzlich beteiligt werden:

1. an der Definition der Arbeitsaufgaben für die Bestandsaufnahme und die Bestandsanalyse;
2. an der Bewertung des Ergebnisses des ersten Bürgerforums und an der Definition der Arbeitsaufgaben für die Entwicklungsoptionen;
3. an der Bewertung des Ergebnisses des zweiten Bürgerforums und an der Definition der Arbeitsaufgaben für das erste Entwicklungskonzept.

Begründung:

In den oben genannten Verfahrensabschnitten werden Vorentscheidungen für den weiteren Planungsprozess getroffen. Auch wenn es dabei auch um inhaltliche Fragen gehen wird, sollte trotzdem die pAG beteiligt werden. Denn durch eine ausgewogene, vielfältige Fragestellung, die auch durch bürgerschaftlich engagierte Menschen formuliert werden sollten, gewinnt der gesamte Entwicklungsprozess auf der formalen Ebene an Qualität. Deshalb sollten Akteure aus der aktiven Bürgerschaft daran mitwirken. Diese können dadurch auch besser ihrer Aufgabe als Bindeglied zwischen Bürgerschaft und Verwaltung gerecht werden.

II. Während der gesamten Laufzeit des Bürgerbeteiligungsverfahrens bedarf es einer institutionalisierten Schnittstelle zwischen Bürgerschaft und den Fraktionen des Heidelberger Gemeinderats.

Begründung:

Der Gemeinderat beschließt am Ende des „Bürgerbeteiligungsverfahrens“ die Standortentscheidung für den Betriebshof und das Entwicklungskonzept Bergheim-West. Üblicherweise werden die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung erst am Ende des Verfahrens in schriftlicher Form an die GemeinderätInnen kommuniziert. Dabei gehen möglicherweise wichtige Stimmungsbilder, die Authentizität der politischen Auseinandersetzung, aber vielleicht auch Informationen verloren. Um dies zu verhindern und um die direkte politische Kommunikation zwischen EntscheidungsträgerInnen und aktiver Bürgerschaft zu gewährleisten und zu fördern, sollte eine Art von institutionalisierter ständiger Schnittstelle zwischen Fraktionen und Bürgerbeteiligung eingerichtet werden. Fraktionen könnten bspw. „OmbudsvertreterInnen“ in die prozessbegleitende Arbeitsgruppe entsenden.

III. Bei grundlegenden, sehr kontrovers diskutierten Themen sollten alternative Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Die dazu notwendigen finanziellen und materiellen Ressourcen werden bereitgestellt.

Abschließend weisen wir darauf hin, dass das Protokoll des ersten Treffens der prozessbegleitenden Arbeitsgruppe (Anlage 02 der Beschlussvorlage 0157/2017) bislang nicht mit den VertreterInnen der Bürgergruppen und Initiativen abschließend abgestimmt ist.

Das Aktionsbündnis Bergheim-West hat eine Reihe von korrigierenden und auch kritischen Anmerkungen zum Protokoll verfasst und bei Herrn Zimmermann mit heutigem Datum eingereicht.

Wir bitten deshalb darum, dass die Anlage 02 nicht als Bestandteil der Beschlussvorlage gewertet wird.

Freundliche Grüße

Aktionsbündnis Bergheim-West